

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 6. November 1924.

Nr. 260.

## Berunglimpfung der Demokratie.

In jeder Volksvertretung, die dieses Namens würdig ist, bildet die Budgetdebatte einen Höhepunkt. Sie bildet dort die große politische Auseinandersetzung über die von der Regierung betriebene Politik, sie bedeutet dort auch zugleich die Ausübung der öffentlichen Kontrolle der Verwaltung und der Wirtschaft des Staates. Gewiß hat überall die Mehrheit, die auch die Verantwortung trägt, die Entscheidung über die Beschaffenheit des Budgets und die Führung der Politik, aber diese Entscheidung wird nicht ohne jede Rücksichtnahme auf die nicht zur Regierungsmehrheit gehörigen Parteien getroffen. Die Opposition ist für die jeweils am Ruder befindliche Mehrheit nicht Luft, ihr Bestehen und ihre Tätigkeit wird nicht als lästig empfunden, wobei erst nicht ausführlich auf England verwiesen sei, wo die Opposition eine durch Verfassung und Tradition sanktionierte parlamentarische Einrichtung ist. In allen Ländern, wo der Begriff Parlamentarismus nicht bloßer Schall und Rauch ist, sind Parlament und Demokratie eine untrennbare Einheit.

Doch bei uns! Sechs Jahre des unter Lobpreisungen auf die Demokratie geborenen Staates haben genügt, um die Demokratie fast restlos auszumergen, dafür die Herrschaft einer allmächtigen Oligarchie zu errichten; das Parlament aber ist nur Kuffie, Deklamation einer von allen Bedenken freien Diktatur. Es gibt ein Haus, das als Haus der Volksvertretung angesehen wird, es gibt sogar noch eine zweite im Zeichen des freien Wahlrechtes gewählte Kammer, den Senat, es wird viel Papier gedruckt, Berge von Gesetzentwürfen werden fabriziert, naive Gemüter werden auch meinen, daß das Parlament diese Gesetze beschließt, weil es schließlich doch über sie abstimmt, aber doch ist es so, daß das Parlament an dem Zustandekommen dieser Gesetze weder Verdienst noch Schuld trägt, und daß es nur die willen- und seelenlose Maschine zur Fertigstellung dieser Gesetze ist, lediglich dazu bestimmt, den formalen Anforderungen der Verfassung Rechnung zu tragen. Die Mehrheit übt nur die ihr von ein paar Drahtziehern aufgetragene mechanische Funktion aus, die im Heben der Hände besteht, wie soll da in dieser Atmosphäre, bei der Geltung dieses Geistes und angelegentlich der Nullifizierung selbst der Mitglieder der Mehrheit auf die Nichtregierungsparteien Bedacht und Rücksicht genommen werden. Der Fünfmännerausschuß beschließt, das Parlament muß gehorchen, muß unesehen alles schlucken, was ihm vorgelegt wird. Es muß sich des eigenen Willens begeben, auf die eigene Initiative, muß auf wirkliche Kontrolle, Überprüfung, Selbstständigkeit und Willen verzichten, darf nicht rühren an dem, was ihm vorgelegt wird, denn sonst könnte die Koalition erschüttert werden, die keinen Windhauch verträgt. In dieser muffigen Luft kann Lebendes nicht atmen, muß Demokratie und Freiheit verdorren, jeder gesunde Geist erstirbt werden.

Unsere Genossen im Parlament haben gegen die absolutistischen Methoden, welche den Parlamentarismus von Jahr zu Jahr offener und unermüdlicher angeknüpft, sie haben beschworen, gemahnt, gewarnt, protestiert, ohne daß die Gewalttäter im Staate sich bewegt hätten, etwas an dem schimpflichen System zu ändern. Gestützt auf die schrankenlose Macht, die ihnen die Anebelungs-Geschäftsordnung gibt, haben sie die letzten Rücksichten fallen lassen und nur noch immer mehr das Parlament zur Abstimmungsmaschine erniedrigt. Seit Jahren haben unsere Abgeordneten über die Art der Budgetbehandlung Beschwerden und Vorstellungen erhoben; es ist darum nicht besser geworden. Für die Beratung des Voranschlags wurde immer nur so viel Zeit eingeräumt, daß sie kaum hinreichend war, um den Abgeordneten das Studium des darin enthaltenen ungeheuren Differenzmaterials zu er-

## Die amerikanische Präsidentenwahl.

Coolidge mit großer Mehrheit neuerdings gewählt.

New York, 5. November. (Havas.) Coolidge ist zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

New York, 5. November. (Eigenbericht.) Das endgültige Ergebnis der Präsidentenwahl in Amerika liegt heute abends noch nicht vor. Bis 7.30 Uhr mitteleropäischer Zeit waren offiziell gewählt, für Coolidge 343, für Davis 136 und für La Follette 13 Stimmen. Es fehlen noch 39 Ergebnisse.

New York, 5. November. (Havas.) Eine erdrückende Mehrheit erzielte Coolidge in den zentralen, den westlichen und einigen ganz östlichen Staaten. Davis siegte bloß im Süden, La Follette konnte nur in Wisconsin durchdringen. Frau Ferguson, die zur Gouverneurin von Texas gewählt wurde, ist eine Gegnerin des Ku-Klux-Klan, der sich nirgends behauptete.

### Starke Wahlbeteiligung.

New York, 5. November. Das große Interesse für den Wahlkampf zeigte sich unter starkem Andrang von Wählern bereits bei Eröffnung der Wahllokale um 6 Uhr morgens in den verschiedenen Landesteilen. Es wird die größte noch nie dagewesene Wahlbeteiligung erwartet, da besonders das herrliche Wetter die Wähler überaus her-

auslockt. Der ruhigste im Lande war Coolidge, der, wie gewöhnlich, ungestört seinen Amtspflichten nachging.

### Todesopfer des Wahlfiebers.

Paris, 5. November. Blättermeldungen zufolge kam es trotz der getroffenen außerordentlichen Maßnahmen bei den amerikanischen Wahlen zu Zusammenstößen. In Chicago griff eine Volksmenge eine Truppenabteilung an, wobei eine Person getötet und ein Soldat verletzt wurde. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. In Lexington erschoss bei einem Wortgefecht ein als Wahlkommissar bestellter Richter zwei Kommmissionsmitglieder und verletzte einen Wähler.

### Davis von seiner Partei abgelehnt.

New York, 5. November. Der Sieg Coolidges hat schon zu einer Krise in der demokratischen Partei geführt. Dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Davis, der sogar in seiner eigenen Heimatstadt Virginia geschlagen worden ist, hat die Partei die Führerschaft entzogen, um sie wieder Mac Adoo, dem Schwiegerohn Wilsons, zu übertragen.

## Freitag Veröffentlichung der englischen Ministerliste.

London, 5. November. (Eigenbericht.) Der neue Ministerpräsident Baldwin hatte seine Besprechungen über die Besetzung der einzelnen Ministerien bis heute abends noch nicht beendet. Bevor er die Liste vollkommen fertig hat, weigert er sich, Mitteilungen darüber zu geben. Er glaubt aber, am Freitag morgens die endgültige Liste veröffentlicht zu können.

Das Parlament wird erst am 25. November zusammentreten, weil Baldwin Wert darauf legt, daß sich die Minister erst in ihre Ämter einarbeiten, bevor sie vor dem Parlament erscheinen. Die am 25. November geplante Sitzung des Unterhauses gilt nur der Verteidigung der Abgeordneten. Die formelle Eröffnung dürfte erst am 1. Dezember erfolgen.

möglichen, geschweige denn, ihnen Gekoehheit zu geben, eine ernste, durchgreifende Verhandlung darüber durchzuführen. Der vor einigen Tagen im Abgeordnetenhaus vorgelegte Voranschlag für das Jahr 1925 ist ein umfassendes Druckwerk, das etwa hundert Druckbögen umfaßt. Dennoch soll der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, kaum daß es möglich war, eine einigermaßen genauere Prüfung des Inhalts des Staatsvoranschlages vorzunehmen, binnen drei Wochen ihn erledigen. Wie bei den meisten Gesetzen wird auch hier eine Frist festgesetzt, die, mögen die sachlichen Notwendigkeiten dafür auch noch so groß sein, in keinem Falle überschritten werden darf. Nicht die Wichtigkeit des Gegenstandes ist entscheidend, sondern nur der Wille des Fünfmännerausschusses, der eben wieder einmal, trotz aller in den Vorjahren von den verantwortlichen Koalitionspolitikern abgegebenen Erklärungen mit dem Kuhhandel über die Zusammenstellung des Budgets nicht früher fertig geworden ist und der jetzt willkürlich Fristen festsetzt, innerhalb der die Verabschiedung des Staatsvoranschlages erfolgen muß. Und es gilt auch heuer: hier hat Ihr den Voranschlag, Ihr habt Euch dabei auf die Weisheit und Einsicht seiner Verfasser zu verlassen, habt gehorsam zu parieren und das große Werk mit seinen über 120.000 Einzelposten ohne eine Ziffer daran zu ändern, anzunehmen! Zur Gewalt gestellt sich auch noch der Hohn!

## Der amtliche Bericht über den Sinowjewbrief.

London, 5. November. In dem amtlichen Bericht des Kabinettsausschusses zur Untersuchung der Echtheit des Sinowjewbriefes heißt es: Der Ausschuß hat es, nachdem er Vertreter der beteiligten Regierungstellen gehört hat, unmöglich gefunden, auf Grund des ihm vorliegenden Beweismaterials zu einer positiven Schlußfolgerung zu gelangen. Der Originalbrief sei von keiner Regierungsstelle vorgelegt oder gesehen worden und die ganze Aktion sei auf Grund eines Schriftstückes unternommen worden, das nichts weiter als eine Kopie darstellen sollte. Leider sei es dem Ausschusse in der kurzen, ihm zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gewesen, sich Beweismaterial zu verschaffen, das die Angelegenheit weiter aufklären könnte.

Die Regierung wird gewiß zu der Ausruf greifen, die Notwendigkeit, im Staatshaushalt Ersparungen herbeizuführen, habe die Zusammenstellung des Budgets im heutigen Jahre erschwert und verzögert. Man müßte nicht wissen, um diesen Einwand gelten zu lassen, daß es noch in keinem Jahre besser war, und daß bei jedem Gesetz dieselbe Geplagenheit gilt. Die Volksvertreter dürfen ein paar Stunden oder Tage reden, sie dürfen auch abstimmen, aber Einfluß auf die Gesetzeswerke haben sie nicht! Dieser, das Parlament und die Demokratie schädigende und entwürdigende Zustand, mußte einmal dahin führen, daß sich wenigstens die oppositionellen Parteien die Frage vorlegten, ob sie es auch weiterhin dulden dürfen, daß sich der Absolutismus der Rotta den Schein der Demokratie und des Konstitutionalismus verleiht. Es waren die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die diesmal erklärten, der Absolutismus müsse sichtbar vor aller Welt von dem Nimbus des parlamentarischen Regimes entkleidet werden. Und sie beschloßen daher, an den Beratungen des Budgetausschusses, die doch keine wirklichen Beratungen sein können, nicht teilzunehmen. Ihnen schlossen sich auch die anderen oppositionellen Parteien, die Kommunisten und die bürgerlichen Parteien der deutschen Arbeitergemeinschaft an. An der Budgetberatung im Ausschusse werden also nur die Vertreter der

## Coolidge gewählt.

Nach den aus New York einlangenden Berichten hat der Kandidat der republikanischen Partei und bisherige Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge die absolute Mehrheit der Wahlmänner, die aus den Präsidentschaftswahlkreisen hervorgingen, hinter sich. In weitem Abstand blieben der demokratische Kandidat Davis und der Unabhängige La Follette hinter Coolidge zurück. Konnte man vor den englischen Wahlen noch am Siege der Republikaner oder wenigstens am Siege Coolidges im ersten Wahlgang zweifeln, so war in den letzten Tagen das nunmehr erzielte Resultat der Wahl vorauszusagen. Die amerikanische Öffentlichkeit ist durch Alarmnachrichten nicht nur leicht zu beeinflussen, sondern nimmt geradezu gäubig alles hin, was ihr von den großen Nachrichtenbüros und der Sensationspresse vorgelegt wird. Nun hat die amerikanische Presse den Stimmenzuwachs der englischen Arbeiterpartei vollständig verschwiegen und lediglich den großen Mandatserfolg der Konservativen berichtet. Das stärkte die Wahlausichten Coolidges bedeutend und nahm der dritten Partei, die ja in mehr als einer Hinsicht an die Labour-Party erinnert, viele Sympathien. Bis zuletzt war man sich allerdings über die Stellung einzelner Wählergruppen im Unklaren. So waren die vier Millionen Negro, die als Wähler in Betracht kommen, eine unbekannte Rechnung, da man nicht voraussetzen konnte, ob sie für die republikanische Partei stimmen würden, wie sie es bisher getan hatten, oder ob ihre Stimmkraft vor dem Anwachsen des Ku-Klux-Klan, einer Geheimorganisation, die unter dem Vorwand des Rassenschutzes zu Reger Pogromen aufruft, sich für die dritte Partei entscheiden würden. Unsicher war auch die Stellung der New Yorker Gewerkschaften, die, entgegen den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes, der American Federation of Labour, sich für die Republikaner entscheiden wollten. Der Misserfolg, den Coolidge in New York erzielt hat, scheint tatsächlich zu beweisen, daß die New Yorker Arbeiter den Kandidaten des Großkapitals gewählt haben. Diese Tatsache allein wirft ein grelles Licht auf die amerikanischen Verhältnisse und zeigt, wie schwer es in Amerika ist, eine revolutionäre dritte Partei am Leben zu erhalten.

In Amerika gab es bisher kein Proletariat im europäischen Sinne. Die Möglichkeit, Land zu erwerben, sei es durch Kauf oder durch Landnahme in den Weststaaten oder unter günstigen Pachtbedingungen, war bis zum Kriege groß und bedeutete ein Gegengewicht gegen das Anwachsen der industriellen Reservearmee. Erst jetzt, da Landmangel auch in Amerika fühlbar wird, sehen sich die Einwanderer, wie auch die anfassigen Farmer und jene Arbeiter, die Land erwerben wollen, in einer schwierigen Lage und beginnen, die Notwen-

keitspartei teilnehmen und damit wird die Unwahrhaftigkeit und Unehrlichkeit des heutigen Systems vor der Öffentlichkeit aufgedeckt. In einer tapferen Erklärung haben unsere Genossen im Budgetausschuß ihren Entschluß verkündet. Der politische Geist der Geschäftsordnung macht ein anderes Mittel des Protestes gegen die schmachvollen Methoden unmöglich. Aber dieses eine und letzte Mittel mußte ergriffen werden, um dem Protest gegen die immer deutlicher werdende Beiseiteziehung des Parlamentes und gegen die unwürdige Behandlung der Opposition bereiten Ausdruck zu geben. Wenn die Koalitionsmacher die Degradierung des Parlamentes zu einem willenlosen Werkzeug fortzusetzen gedenken, so möge dies unter Festlegung ihrer vollen Verantwortung geschehen! Weder das Inland noch das Ausland sollen darüber im Zweifel bleiben, daß hier im Staate nicht die Gesamtheit des Parlamentes entscheidet, sondern eine Zügellosigkeit von Usurpatoren, die keinerlei Rücksicht auf parlamentarische Rechte, auf Demokratie und Vernunft zu nehmen gewillt ist. Je deutlicher dies der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht wird, um so eher wird der Widerstand gegen das heutige und demokratische System von außen erwachsen!

begleit der Organisation zum gemeinsamen Kampf gegen das Großkapital zu erkennen. Andererseits sind die Lohn in Amerika auch heute noch so hoch, daß es ein eigentliches Massenland nicht gibt und nur die wirklich Arbeitslosen und das Lumpenproletariat unter ähnlichen Bedingungen leben, wie bei uns die Massen des industriellen Proletariats. Nur langsam konnte daher der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Boden fassen und noch langsamer ringt sich die Erkenntnis durch, daß die Arbeiterklasse auch eigene politische Ziele zu vertreten habe. Es hat erst das äußere Antreiben durch die Aufrollung der großen Skandalaffären in den beiden herrschenden Parteien bedurft, um die Basis zur Gründung einer dritten Partei zu schaffen. An sich ist dieser dritte Präsidentschaftskandidat nichts Neues. Es hat schon früher dritte Kandidaten gegeben, so zuletzt im Jahre 1911, als Wilson nur deshalb siegte, weil neben dem Republikaner Taft Theodore Roosevelt als eigener „progressiver“ Kandidat auftrat. Aber damals handelte es sich um einen Konflikt innerhalb der republikanischen Partei. Die Kandidatur La Follette's dagegen gründet sich auf den Bestand der Arbeiter-Farmerpartei, die durch den Anschluß des Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Partei einen ähnlichen Charakter erhielt, wie die englische Arbeiterpartei und die wie diese trachtet, die Unzufriedenen aus den Lagern der beiden anderen Parteien an sich zu ziehen.

Die Angelegenheit sind in der Auffassung politischer Fragen sehr konservativ, die Jahrhundertlange demokratische Tradition ist bei ihnen tief eingewurzelt und macht neuen Parteien den Aufstieg schwer. Es wäre daher bloßer Zufall gewesen, wenn die dritte Partei gleich im ersten Anlauf gesiegt hätte. Daß sie aber keine vorübergehende Erscheinung ist, dafür bürgen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die in Amerika vor sich gehen. Die Farmer sind auf einen scharfen Kampf gegen die republikanische Partei einzuschlagen angewiesen, da sie die Landwirtschaft intensiver machen müssen und daher billige Maschinen aus Europa und Agrarstoffe zum Schutz ihrer Produktion brauchen. Die Republikaner dagegen wollen die Einfuhr von Maschinen möglichst hinauszögern und denken nicht daran, den Farmern Schutzzölle zu gewähren.

Bei den Demokraten aber können die Farmer der Nordstaaten keinen Anstoß finden, da die Demokraten seit je schon die Partei der großen Plantagenbesitzer der Südstaaten sind. Der Zusammenschluß mit den Sozialisten und den Gewerkschaften schafft eine natürliche Verbindung zwischen Stadt und Land und hebt die Arbeiter-Farmerpartei über die Bedeutung einer bloß bäuerlichen Fraktion hinaus. Vielleicht wird die dritte Partei bei den nächsten Wahlen einen noch geringeren Erfolg erzielen als diesmal, wenn es einer der traditionellen Parteien gelingen sollte, ihr durch die großen Skandalaffären ein untergeordnetes Ansehen wieder zu stärken. Auch haben die Großindustriellen und Finanzkapitalisten die drohende Gefahr erkannt und werden nicht mit Geduld sparen, um ihre Parteien im Kampfe gegen La Follette auch weiter zu unterstützen. Der Stellvertreter Coolidge, der mit ihm gewählt wurde, ist Dawes, der Anwalt des Bankhauses Morgan und der demokratische Kandidat Davis ist ebenfalls Anwalt einer großen Bankfirma. Republikaner und Demokraten sind keine selbständigen Volksparteien, sondern Unternehmungen des amerikanischen Großkapitals. Dieses wird seine Parteien nicht ohne weiteres preisgeben. Aber die dritte Partei wird aus dem politischen Leben Amerikas nicht wieder verschwinden, sie wird die herrschenden Parteien kontrollieren, ihren Verschwendungsprojekten fördern und ist ein Hafen, der alle jene aufnehmen wird, die zur Erkenntnis ihrer proletarischen Klassenlage gelangen werden. Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen Amerika entgegengeht, werden die Fortschritte der Klassenpartei in Bewußtsein der einzelnen Proletarier fördern. Die Wahlen bedeuten darum trotz des Sieges der Republikaner das erste bedeutsame Anzeichen einer schweren Erschütterung Amerikas, bedeuten, daß das erste Industrieland der Erde, für das bisher die Gesetze der politischen Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu gelten schienen, den Weg zum Klassenkampf und zum Sozialismus geht. Es wird ihn anders gehen als Europa, vielleicht sogar anders als das verwandte England, aber daß es ihn gehen wird, daran kann nach diesen Wahlen kein Zweifel mehr bestehen.

## Wichtige Parteiberatungen.

### Reichsaussschuß, Bodenreform, Bezirksverwaltungs-Kommissionen.

Am Dienstag, den 4. November trat der Parteivorstand zu wichtigen Beratungen zusammen. Vorerst berichtete der Vorsitzende Genosse Dr. Czoch über die aus Anlaß des Ablebens des Genossen Cermak getroffenen dringlichsten Vorkehrungen und gab naderlich der Trauer über den schweren Verlust, den die Partei durch den vorzeitigen Abgang Cermaks erlitten hat, lebhaften Ausdruck.

Hierauf trat der Parteivorstand in die Beratung der Tagesordnung ein und nahm vorerst den Bericht des Vorsitzenden über den Verlauf und die Beschlüsse der am 28. und 29. September in London abgehaltenen Tagung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale entgegen. In diesem Zusammenhang wurden mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt und auch zu der von den sozialistischen Parteien der Nachfolgestaaten einberufenen Konferenz Stellung genommen. Eine sehr eingehende Erörterung fand der vom staatlichen Vorkomitee beschlossene neueste Bodenverteilungsplan, dessen Durchführung in den Kreisen der Interessenten zu schwersten Reaktionen Anlaß gibt. Die von den Genossen Jaksch und Schwelchhart gestellten Anträge wurden zum Beschluß erhoben und gleichzeitig zu diesem Gegenstand die Mitwirkung des

Mitglieds der Abgeordneten und Senatoren hierbei erbeten.

Weiters erstattete Genosse Dr. Heller den Bericht über die kürzlich abgehaltene Konferenz der Funktionäre der Bezirksverwaltungs-Kommissionen und stellte in diesem Zusammenhang eine Reihe von Anträgen, deren Vorberatung dem vom Parteitag eingesetzten Beratungsaussschuß für Gemeindeangelegenheiten zugewiesen wurde. In diesem Zusammenhang wurde über den Protest der deutschbürgerlichen Parteien gegen die Ernennung sozialdemokratischer Vorsitzender bei mehreren Bezirksverwaltungs-Kommissionen sowie über die sich daraus ergebenden Konflikte Beratung gepflogen und der Klub der Abgeordneten und Senatoren mit der Vorkehrung der notwendigen Maßnahmen betraut.

Die Sitzung des Reichsaussschusses wurde endgültig auf den 4. und 5. eventuell 6. Jänner festgesetzt. Sodann gelangte eine ganze Reihe wichtiger organisatorischer und administrativer Angelegenheiten zur Beratung, darunter auch die Neubestellung des durch den Abgang des Genossen Luitpold Stern freigewordenen Amtes des Leiters der Zentralbildungsstelle, mit welcher Funktion Genosse Ernst Paul aus Teplitz provisorisch betraut wurde.

Als Delegierte zu dem am 6. Dezember d. J. in Karlsbad zusammentretenden Gewerkschaftskongresse wurden die Genossen Czoch und Gremler gewählt.

**Hilgenreiner:** Das wird uns der Ministerpräsident Sechla sagen.

Der letzte Redner war Dr. Soukup, der auch mit Artikeln des Genossen Polach in ausländischen Zeitschriften polemisierte. Insbesondere mit einem Aufsatz Polachs im „Kampf“, in dem Polach schrieb, daß Tschechen und Slowaken zwei selbständige Nationen seien. Zu der Frage der Einheit der Nation, meinte Soukup, sollen in erster Reihe jene reden, die die Nation bilden. Die Sprache der Tschechen und Slowaken sei nicht gar so verschieden.

**Dr. Polach:** Die Amerikaner sprechen auch englisch und sind deshalb keine Engländer.

Soukup zitiert dann ein Flugblatt der slowakischen Sozialdemokraten, das diese auf dem Hamburger Kongreß verteilten und in dem behauptet wird, daß die deutschen Sozialdemokraten ihre Informationen über die Slowakei aus kirchlichen Kreisen bezögen.

Um drei Uhr nachmittags wurde die Sitzung geschlossen.

## Ein Deserteur der Revolution.

(Von unserem ungarischen Korrespondenten.)

Wie aus Budapest gemeldet wird ist in dem Dorfe Erd-Golonva, im Komitat Somogy auf seinem Gute der Führer der kleinen Landwirtschaftspartei, Szabo de Nagyatad, der noch vor kurzem Landwirtschaftsminister im Kabinett Bethlen war, in seinem 61. Lebensjahre plötzlich gestorben. Der Mann, den nun die Natur aus dem physischen Wege des Grafen Bethlen geräumt, wie er ihn vor einigen Wochen politisch aus seinem Wege zu räumen trachtete, war einer der merkwürdigsten und wichtigsten Figuren auf dem ungarischen Konterrevolutionären Theater. Der hinterlistige, sehr geschickte Bauer, der Zeit seines Lebens die äußere Tracht des Bauern beibehielt, der so klug und vorsichtig war, daß er nur mit einem Grundbesitz von fünfundvierzig Katastraljoch starb und nur sein Schwager, ein Kleinbauer von gestern, in die Gruppe derer, die laufend noch ihr eigen nennen, aufträte, spielte eine verhängnisvolle Rolle in der Geschichte Ungarns der Nachkriegszeit. Er wurde noch im Jahre 1910 in das ungarische Abgeordnetenhaus gewählt und gelangte in das feudale, nur von „Herrenleuten“ besetzte ungarische Parlament, als ein Held der wackelnden, gegen die Macht der Latifundien aufzubrechenden Bauern. Aber vereinzelt, wie er bestand, wollte und wagte er es nicht, sich mit den demokratischen Kräften des Landes zu verbinden. Als dann die Oktoberrevolution kam und sich die Partei Karolhis nach einer entsprechenden sozialen Basis umfah, wurde der Nagyatader in das Revolutionsministerium berufen, in dem er mit den Sozialdemokraten einen zähen Kampf führte, um die Ausführung der Bodenreform, die Liquidierung des feudalen Großgrundbesitzes, in seine Hände zu bekommen; er wollte eine Agrarverfassung, die den bestehenden Bauern, die Sozialdemokraten eine, die das organisierte landwirtschaftliche Proletariat zu dem Nachfolger der Großgrundbesitzer gemacht hätte. Der Bolschewismus und die Konterrevolution machte einen Strich durch die Rechnungen, aber der Landwirt aus Erd-Golonva macht bald seinen Frieden mit der weißen Herrschaft und tauchte bald als Minister der Konterrevolution auf. Er flüchtete sich von seiner eigenen Vergangenheit auf die blutbesetzte Ministerbank; er mußte zu allen Schändlichkeiten seine Zustimmung geben, denn sowie er aufbegehrt, drohte ihn Bethlen damit, daß er der Revolutionsregierung den Prozeß machen werde. Seine Stellung wurde nur dann stärker, als Bethlen und Horthly notgedrungen gegen den Restaurationsversuch des letzten Habsburgers mit der Waffe und mit dem Entthronungsgeßel vorgehen mußten. Da sich die Konterrevolution gegen die Strategen von Budoors,

wo Karl Habsburg geschlagen wurde, zehnten, suchten sie Anlehnung bei den Bauern suchen. Als Karl seinen tragikomischen Marsch auf Budapest aufnahm, flüchtete sich der Nagyatader auf ein bei Budapest vor Anker liegendes französisches Kanonenboot, das er erst verließ, nachdem Karl Habsburg und Jita gefangen genommen worden waren. Das war die Zeit, in der Bethlen mit ihm „ewige Waffenbrüderschaft“ schloß; damit er aber nicht zu üppig werde, erforderte Bethlen die Affäre Gékuti, die im zweiten Akt der Konterrevolutionären Laufbahn Szabos dieselbe Rolle spielte, wie früher die Affäre Karolhi. Bethlen ließ den Schreibstisch seines Ministers aufbrechen und bemächtigte sich aller der Dokumente, die sich auf die schmutzigen Geschäfte bezogen, die der Sekretär Szabos, Gékuti, für seinen Minister und für die kleine Landwirtschaftspartei machte. Aberhalb Jahre hängte das Schwert dieses Prozesses über des Nagyatader Haupt und es waren die Aufregungen dieses Prozesses, die seinen jähen Tod herbeiführten.

Für Bethlens Pläne bedeutet sein Ableben die möglichst größte Förderung und eine Entlastung in seinen sehr bedeutenden politischen Schwierigkeiten; das landwirtschaftliche Proletariat ist mit den brutalsten Gewaltmaßnahmen unterdrückt, die kleinen Landwirte, das am wenigsten antdemokratische Element der Regierungspartei sind durch seinen Tod führerlos geworden. Sogar die so unzulängliche Bodenreform der Konterrevolution wird nun ihr Ende finden und das feudale Ungarn, mit seinen unermeßlichen Latifundien seiner fröhlichen Urständ, Tenn, und das ist das Paradoxe und das merkwürdigste in der Laufbahn dieses Verräters seiner eigenen Klasse, daß er trotz seiner Charakterlosigkeit und seiner Haltlosigkeit dadurch, daß er ein Bauer war, als ein Fremdkörper in der Struktur des feudalen Staates und der feudalen Gesellschaft empfunden wurde. Seine Stiefeln, sein immer gleicher schwarzer Bauernjanker, sein ausgehöhlter Schnurrbart und sein tatarischer Bauernschädel mit dem verschmierten Gesicht, seine hinterhältigen Reden, die niemals „Ja, ja, Nein, nein“ waren und bei denen niemand wissen konnte, woran er mit ihm war, machten ihn trotz des Dahinschwübens seiner Volkstümmlichkeit bei den Bauern für die großen Herren zu einem gefährlichen Mann. Es freute in seinen Werten eben ein verirrter Tropfen des magyarischen Bauernrebellens, Georg Dozsa, den die Grundherren auf einen glühenden eisernen Thron setzten, dessen Leder sie ihren Händen hinwarfen und dessen Unterführer sie zwangen, von dem gebratenen Fleische Dozjas zu essen. Heute verteidigt der magyarische Graf und Bischof seinen erblichen, unermeßlichen Besitz mit anderen Mitteln, wer aber nur irgendwie im Verdacht steht, daß er sein begieriges Auge und vor allem das Auge der Millionen erwerbenden Bauern auf die Güter der Herren wirft oder lenkt, mit dem machen sie ebenso unbarbarisch Schluß, wie weiland mit Georg Dozsa. Verrat und Opportunismus schühten den Führer der „Geflügelten“ nicht vor diesem Schicksal, sie liehen ihn physisch gewähren, richteten ihn aber moralisch zugrunde und hielten ihn zu Tode. Sie konnten dies nur tun, weil er so schwach und unfertig war, wie es die Klasse ist, als deren Vertreter er die geschichtliche Bühne betrat; sie taten es demnach, denn hinter ihm sah etwas Großes und Gefährliches, die Frage, wer der Besitzer des wunderbaren, fruchtbarsten Bodens Ungarns werde? Sieson Szabo de Nagyatad war ein Versuch der Geschichte, die ungarische Bodenfrage auf der Grundlage der Konterrevolution zu lösen. Er mißlang ebenso, wie die Versuche der demokratischen Revolution Karolhis und der der Rätebistauer. Der Mann ist hingegangen die Frage bleibt aber da und sie wird als dauerndes Element den Gang der nächsten Geschichte Ungarns bestimmen. Es ist leicht möglich, daß sehr bald wieder eine Zeit kommen wird, die die Lösung der ungarischen Agrarfrage mit revolutionären Mitteln auf die Tagesordnung der Geschichte stellt.

## Tschechen und Slowaken.

### Zweiter Tag der außenpolitischen Senatsdebatte.

**Prag, 5. November.** In der heutigen Senats-sitzung wurde die Erklärung des Außenministers Beneš mit den Stimmen der Koalitionsparteien zur Kenntnis genommen.

Das Interesse am zweiten Tage der außenpolitischen Aussprache konzentrierte sich jedoch nicht etwa auf die Erklärung Beneš's oder auf das Genfer Protokoll, sondern auf ganz andere Dinge.

Der einzige Redner auf deutscher Seite war der Deutschdemokrat Jelinek, der sich mit der innerpolitischen Situation beschäftigte, wobei er sagte: Daß das Exposé die Frage der Wiederarbeiten nicht vernachlässigt, ist leider selbstverständlich, daß aber Dr. Beneš als Mitglied des Völkerbundes dieser Frage aus dem Wege geht, ist umso bedauerlicher, als er auch weiß, wie maßgebende Kreise diese Frage heute ansehen. Dr. Beneš tritt in Genf für den Frieden Europas ein, ob im Gebiete der Republik Ruhe und Frieden herrscht, das scheint ihn nicht zu kümmern, und er bezieht sich an der gegen uns gerichteten Gewaltpolitik, obwohl gerade er berufen wäre, sich für einen Ausgleich einzusetzen. Der Friede im eigenen Lande muß ihm ebenso wichtig sein, wie der Friede in Europa. Sollte er uns einmal ein Genfer Protokoll vorlegen, das die inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei regelt, werden wir ihm unsere Zustimmung nicht verweigern. Heute sind wir dazu nicht in der Lage.

Einen recht heiteren Ton nahm in die Debatte der tschechoslowakische Führer Alošac. Er befaßte sich zunächst mit dem Verhältnis zu Rußland, wobei er konstatierte: „Verhältnisse ist sehr schön, aber man muß auch bezahlen!“ Redner zitiert dann eine Meinung des heutigen „Wenkov“, wonach am kommunistischen Parteitag in Prag eine Reihe bolschewistischer Entwürfe vorgelesen, die zu Mord und bewaffnetem Aufstand gegen die Republik führen. Mit erheblicher Stimme fordert er ein Eingreifen gegen „Arvon Rak, David Wandelbhum, Trejunkt und Sieghauer, die hier eine Revolution herbeizuführen wollen.“

**Dr. Heller:** „Fürchten Sie sich vor diesen Herren, Herr Kollege?“

**Alošac** fortsetzend: Ich fürchte mich nicht. An die Revolution glauben ja nicht einmal die kommunistischen Führer. Lesen Sie nur einmal, was im „Rude Pravo“ der geschickte Redakteur Banšk über Ameralschreibt, den er einen „Vardol“ (Pantler) nennt. Unter allgemeiner Heiterkeit zitiert Alošac den Artikel Banšks, unter anderem auch die Stelle, wo davon die Rede ist, daß die kommunistischen Führer nur im Kaffehaus zu sehen seien.

Im weiteren Verlauf seiner Rede bespricht Alošac die Kritik der Deutschen am Völkerbunde, wobei er die Artikel als lächerlich bezeichnet. Dagegen wundert sich Alošac über den Senator Ledebour, der mit „einem bewundernswerten Feiß die Impertinenz aller europäischen Zeitungen gegen den Staat gesammelt“ hat.

Neuerliche Heiterkeitsstürme gab es, als Alošac sich mit den Slowaken auseinandersetzte. Er sagte da unter anderem: „Wir werden die Häkchen über dem R weglassen und gleich eine Nation sein.“ Oder: „Unsere Beamten in der Slowakei werden Slowaken heiraten und so werden die richtigen Tschechoslowaken entstehen.“

Nicht minder lustig waren die Ausführungen des Kommunisten Glumecch. Als er konstatierte, daß der Kommunismus rapid wächst, Wurzel fasse und sich festige, unterbrach ihn Dr. Heller mit dem Zwischenruf: „Achtzehn Lenke und vierzehn Rechte!“ Darauf konstatierte Glumecch, daß Dr. Heller ein Sozialdemokrat sei und er sich deshalb nicht wundere, wenn er mit ihm nicht übereinstimme. Dies war die neuerliche Heiterkeit.

**Minister Dr. Beneš:** Dr. Heller stellte eine Anfrage bezüglich unserer Verpflichtungen, sowie diese unsere Spezial-Allianzverträge betreffen und wünschte zu wissen, ob der betreffende Artikel des Protokolls bedeute, daß die Regierung der Republik dem Völkerbunde ihre Verpflichtungen in teilen soll, die allgemein für jeden möglichen Konflikt gelten, oder ob dies nur für einen bestimmten Spezialfall gemeint ist.

Auf die Anfrage Dr. Hellers erwiderte der Minister, daß der Sinn des Artikels betreffend die speziellen Allianzverträge der ist, daß dieser oder jener Staat, im Falle das Genfer Protokoll in Wirksamkeit tritt anzeigen kann, was er unternimmt und gleichzeitig auch diese oder jene Regierung nach ihrem eigenen Gutdünken sagen kann, welche Kräfte sie in diesem oder jenem Fall zur Disposition stelle. Was die Friedensverträge anbelangt, welche von den deutschen Senatoren erbehalten, in der Debatte aufzuwerfen wurden, meint der Minister, daß diese Frage allmählich aus der internationalen Diskussion zu verschwinden beginne. Heute sei diese Frage nicht mehr so akut wie vor zwei oder drei Jahren. Eine ganze Reihe von Problemen, die mit dem Friedensproblem zusammenhängen, ist von der Oberfläche verschwunden, weil eine ungeheure Anzahl anderer aus den Friedensverträgen stichenden Fragen bereits Gültigkeit erlangt hat.

Ueber die Kleine Entente will der Minister ein für allemal konstataren, daß es zwischen den Staaten der Kleinen Entente Feindschaft wie immer gearteter divergierender Ansichten weder gegeben hat noch geben wird. Das gemeinsame Auftreten der Staaten der Kleinen Entente hat uns schon hunderte an Millionen, ja sogar Milliarden an Werten errettet. In den Angelegenheiten, in denen wir nicht eines Sinnes sind, hat jeder der Ententestaaten seine vollständige Freiheit. Der Minister schloß, indem er erklärte, daß die tschechische Diskussion über all diese Fragen im Parlament erweise, daß über unsere Politik die richtigen Erwägungen gepflogen werden.

**Dr. Heller:** Wir hätten erwarten dürfen, auch etwas über die Minoritätenfrage zu hören.

# Ausland.

## Der Grabgelang des Liberalismus.

Endlich erfährt man jetzt aus der „Bohemia“, die ja die Wohlpropaganda der englischen Liberalen in der Tschechoslowakei bestritten hat, was Herr David Lloyd George, jetzt aber schon endgültig „vordem großbritannischer Ministerpräsident“ zu der katastrophalen Niederlage seiner Partei zu sagen hat. Zunächst stellt der große Komödiant fest:

Der Umschwung der letzten Parlamentswahlen ist eine jener Ueberraschungen, die eigentlich nicht als Ueberraschung angesehen werden sollten.

In diesem Punkte sind wir ganz einer Meinung. Etwas sonderbar aber nutzt es an, wenn derselbe Mann, der prophezeit hat, daß der Liberalismus wieder eine Macht in England werden müsse, jetzt gesteht:

Der Triumph der Konservativen war unermesslich. Auch die restlose Niederlage der Liberalen war vorauszusehen. Die liberale Partei befand sich während der letzten Parlamentsperiode in einer unmöglichen Lage, aus der sie ohne schwere Einbuße nicht herauskam.

Lloyd George ist daher mit dem Wahlergebnis einfach königlich zufrieden. Er freut sich, daß es nicht schlimmer gekommen ist. Und es hätte schlimmer kommen können! Denn

man muß sich wundern, daß nur vierzig Mitglieder des Unterhauses diese Lebenserfahrung überlebt haben. Wäre der Kampf noch um ein Jahr verschoben worden, so zweifle ich, ob die Hälfte dieser Zahl als selbständige Wahlgruppe gewählt worden wäre.

Es wird schon noch werden. Der Liberalismus wird auch mit Unterstützung der „Bohemia“ keine Macht mehr werden. Der bitterfühe Grabgelang, den Lloyd George seiner Partei hält, bestätigt nur, was wir als Hauptergebnis dieser Wahl festgestellt haben: daß die Arbeiterpartei über die Liberalen hinwegschreitet.

# Inland.

## Der Parteitag der kommunistischen Kompromißler.

Wie aus den Berichten der kommunistischen Presse zu entnehmen ist, fährt der Parteitag „der Kompromißler“ — wie sie sich ehemals nannten — darin fort, Kompromiß auf Kompromiß zu schließen. So einigen man sich am Dienstag in der Gewerkschaftsfrage auf einen Vergleich, das bezügliche Referat entfiel, die Resolutionen der verschiedenen Richtungen wurden zurückgegeben und eine Kompromißresolution vorgelegt. Was in dieser Resolution steht, wird der „Vorwärts“ erst heute mitteilen. Den Delegierten, die vor lauter Kompromissen wohl schon außer Rand und Band geraten sein dürften, machte man die Sache leichter, indem man zu der Kompromißresolution noch einige Erklärungen abgab. Von den Verhandlungen der Dienstagstung ist sonst nur noch ein Antrag Berichts bemerkenswert, den Redakteur des „Rude Pravo“ Karl Vanek wegen seiner „satirischen“ Erkläre des kommunistischen Parteitages zu „disziplinieren“. Es handelt sich um jenes löstliche Ding von Parteitag-Resolutions, aus dem wir gestern die faßlichsten Stellen abgedruckt haben. Die Parteitagdelegierten erklärten sich mit der Verhöhnung ihrer selbst durch den Redakteur ihres Zentralorgans einverstanden, indem sie den Antrag auf Disziplinierung Vaneks ablehnten. Es liegt uns aber fern, die Kommunisten allzuhoher Wahrheitsliebe zu zeihen, die sie ja veranlaßt haben könnten, den Redakteur ihres und des Parteitags Konters zu verurteilen. Sie befürchten vielmehr wahrscheinlich, daß viel Lärm über diese Sache noch weit unangenehmere Bilder von ihrem Parteitag zur Folge haben könnte.

Aus dem Nachtrag, den die kommunistische Presse über die Debatte am Sonntag bringt, geht neuerdings hervor, wie sich auf diesem Parteitag die verschiedenen Richtungen und Delegierten besaßen und daß das Chaos in dieser Partei durch keinerlei Kompromisse beseitigt werden kann. Arcib, der bekanntlich wegen seines Artikels und dessen sonderbare Beziehungen zu einem Briefe Talbeiners heftig angegriffen worden war, erklärte einfach, daß er sich „nicht verpflichtet fühle, sich darüber zu verantworten“. Formancel aus Madno verwahrte sich „gegen die Unterstützung der Linken durch die Kommunisten, wodurch der Anschein erweckt wird, daß die Linken die wahren Kommunisten wären“. Er konstatiert die „Souveränität der Partei“ gegenüber der Internationale und protestiert dagegen, daß die Internationale der A.P.C. „Personen aufzwinge, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind“. Also ein Rebell gegen die Moskauer Internationale und gegen die neuen Männer der A.P.C. Roucel aus Brünn warf den Linken vor, daß unter ihnen viele „mit der Arbeiterbewegung früher nichts zu tun gehabt haben“. Dagegen vertrat sein Landsmann Durian die Meinung, daß „unreife Führer, die Kommunisten sind, noch immer besser sind, als aus der sozialdemokratischen Partei gekommene Führer“. Ungehöriger Lärm gab es während der Rede Saleus, wenigstens bezeichnet hier der „Vorwärts“ den Padau. Es muß also gerade bei diesem Anlaß alles drunter und drüber gegangen sein. Saßen polemisierte heftig gegen die bisherige Führung und deren „absichtliche Unklarheit“.

## Christlichsozial-kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront.

Folgende zwei Tatsachen werden uns aus Grulich berichtet:

Wir haben unlängst den aus dem „Adlergebirgsboten“ entnommenen Aufruf veröffentlicht, welcher in den Betrieben in Grulich zirkuliert und die Arbeiterschaft zu einer gemeinsamen Teuerungsdemonstration aufruft. Der Aufruf war von Kommunisten und Christlichsozialen unterzeichnet. An der Demonstration nahmen Indifferente, Christlichsozialisten, Nationalsozialisten und Bolschewiki teil. Es sprachen ein kommunistischer und ein christlichsozialer Sekretär. Ueber die Teuerung und deren Ursachen wurde nichts berichtet, dagegen eine großaltrige Schimpfkanonade gegen die verhassten Sozialdemokraten eröffnet, was auch der Zweck der Veranstaltung war.

Mittwoch, den 29. Oktober fand in Grulich eine Sitzung des Stadtrates statt. Die Ange-

stellten der Stadtgemeinde hatten das Ansuchen gestellt, mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung nach dem Staatsbeamtenchema bezahlt zu werden. Dieses Ansuchen wurde mit einer Stimme abgelehnt.

Für das Ansuchen der Angestellten stimmten: 2 Sozialdemokraten, 1 Festbesoldeter, 1 Vertreter der Minderheit.

Für die Ablehnung des Ansuchens der Angestellten stimmten: 3 Christlichsoziale, 1 Nationalsozialist und 1 Kommunist.

Nach Ablehnung dieses Ansuchens ersuchte Genosse Kleinmader, den Angestellten doch wenigstens entsprechend der gegenwärtigen Teuerung eine Zulage zu gewähren. Doch die Einheitsfront brachte auch dieses zu Fall.

Diese Tatsachen sprechen eine so deutliche Sprache, daß es uns überflüssig erscheint, sie zu kommentieren.

# Die deutschen Sozialdemokraten und die Budgetberatung.

## Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beteiligen sich nicht an den weiteren Beratungen des Budgetausschusses. — Ausführliche Begründung dieses Verhaltens durch Genossen Taub.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Budgetausschuß haben beschlossen, sich an der Spezialdebatte im Budgetausschuß nicht zu beteiligen. Gleich ihnen werden — wie aus den Darlegungen der Sprecher dieser Parteien hervorging — auch die übrigen deutschen Parteien und die Kommunisten handeln. Es verdient hierbei festgestellt zu werden, daß sich der Vertreter der Deutschnationalen, Abg. Raibl, im Budgetausschuß während der Generaldebatte überhaupt nicht zeigte. Gen. Taub begründete das Verhalten unserer Vertretung im Budgetausschuß wie folgt:

7000 Eisenbahner sollen in der nächsten Zeit entlassen werden, 7000 Menschen sollen mit ihren Familien brotlos gemacht werden. In Aussicht wurden hierfür genommen jene Personen, die bei den berichtigten Sprachprüfungen nicht voll entsprochen haben. Also nicht vom sozialen, sondern vom brutalen nationalistischen Gesichtspunkte wird hier vorgegangen.

Der Generalreferent zum Budget hat uns gestern erklärt, daß ein Abbau der Beamten eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, können wir uns vorstellen, welche Methoden hier angewendet werden sollten.

## Die gewaltsame Entfernung der der tschechischen Nation nicht angehörenden Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dem Staatsdienst.

Die Verhinderung der Anstellung eines nichttschechischen Angestellten, das sind die sichtbaren Merkmale, unter denen wir an die Beratung des heurigen Budgets schreiben.

Der Voranschlag wurde am 30. Oktober von der Regierung im Abgeordnetenhause eingebracht und es wurde dem Budgetausschuß zur Beratung dieser Vorlage die im § 55 festgesetzte kürzeste Frist von drei Wochen eingeplant. Innerhalb dieser Zeit soll der mehr als 100 Druckbogen und rund 120.000 Einzelposten umfassende Voranschlag in allen Einzelheiten geprüft, in zweifelhaften Fällen die Klärung der zuständigen Ressorts eingeholt und der Versuch unternommen werden, die vollkommene Eliminierung, zumindest aber Kürzung der unproduktiven Ausgaben und eine gerechtere, die Notlage der arbeitenden Bevölkerung berücksichtigende Verteilung der Steuerlasten herbeizuführen. Dieser Verpflichtung vermögen die Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlamente nicht nachzukommen.

Es ist kein Abgeordneter in der Lage, den Voranschlag auch nur einmal flüchtig zu studieren und es sind die der tschechischen Sprache nicht fähigen Abgeordneten bei der Verhandlung der wichtigsten Vorlage gezwungen, Statistiken zu spielen. Wir haben auf diese unmöglichen Verhältnisse unzähligmale, insbesondere aber regelmäßig bei der Beratung des Voranschlags hingewiesen. Immer wurde vom Budgetreferenten, vom Finanzminister und von den einzelnen Koalitionsparteien selbst die Berechtigung dieser Kritik zugestanden und eine Abhilfe in verbindlicher Form versprochen.

Dieselben Menschen werden im heurigen Jahre wieder vor uns hintrreten, sie werden mit uns einstimmig in die Klage über die Unhaltbarkeit der Verhältnisse und sie werden im nächsten Jahre genau wie in den vorangehenden, vielfach die jetzigen sein, die die verpatete Vorlage des Voranschlags an das Abgeordnetenhaus mitverschulden.

Diese Komödie weiter mitzumachen, bei diesem zum Schein geführten Verhandlungen Basisisten abzugeben,

halten wir unter unserer Würde.

Feststellen müssen wir vor aller Oeffentlichkeit, daß auch die offiziellen Vertreter der vom Parlamente eingesetzten Ausschüsse und vielfach

diese in erster Linie, die Koalitionseinrichtung, als da sind Petka, Desista, Pöschl, als die oberste und das Parlament und seine Organe als die untergeordnete Instanz ansehen. Dieser Vorgang untergräbt nicht nur den Parlamentarismus, er untergräbt die politische Moral überhaupt.

Und dabei muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Beratung des Voranschlags wirklich eine Angelegenheit ist, an der ausschließlich die Opposition Interesse hat. Bei der Beratung des Voranschlags handelt es sich in allen ordentlich verwalteten Staaten nicht nur darum, den Voranschlag auf seine Nichtigkeit zu prüfen. Alle finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, inner- und außerpolitischen Probleme werden bei dieser Gelegenheit in den Bereich der Erörterung gezogen. Ist etwa die Lage der Tschechoslowakischen Republik eine derartige, daß sie auf diese Erörterung verzichten könnte? Deuten nicht vielmehr alle Erscheinungen, deren Augenzeugen wir insbesondere im letzten Jahre waren, darauf hin, daß gerade bei uns die Erörterung dieser Probleme eine unerläßliche, im Interesse des Staates und der gesamten Volkswirtschaft gelegene Notwendigkeit ist? Die brutalen, den parlamentarischen Geisteswissenschaften hohnsprechenden Methoden der Koalition haben eine

## schwere Erschütterung der Verwaltung

herbeigeführt. Das Produkt dieser Methode sind die ständig überhandnehmenden Korruptionserscheinungen im öffentlichen Leben, deren Umfang und deren Ende nicht abzusehen sind. Wie steuern Sie diesen traurigen Erscheinungen? Sie haben die parlamentarische Besprechung aller dieser Erscheinungen mit allen Mitteln verhindert. Die Kurzschritten unter Ihnen mögen sich darüber gefreut haben, die christlichen tschechischen Politiker werden schon erkannt haben, daß diese Methode den Machtkampf der Bürokratie ins Unermessliche gesteigert und bewirkt hat, daß nicht nur Beschlüsse des Parlamentes ignoriert werden, sondern daß in der letzten Zeit immer offenkundiger wird, daß für die Bürokratie nur die Wünsche und der Wille einzelner Koalitionsparteien bestimmend sind.

Unser Handel und unsere Industrie sind mit ihren Waren und Produkten an die Nachfolgestaaten des alten Oesterreich angewiesen. Ihre Politik geht in diametraler Gegensatz zu den Bedürfnissen der heimischen Industrie.

Sie huldigen der Deflationspolitik, Sie weichen aber der Erörterung der Frage aus, ob das von Ihnen aufgestellte Budget mit der Deflationspolitik in Einklang gebracht werden kann.

Unsere Produktion ist durch die Kohlenabgabe, die Verkehrssteuer, die Tarifpolitik der Tschechoslowakei schwer belastet und in ihrer Konkurrenzfähigkeit behindert. Die eingehende Beratung dieser Fragen wird systematisch verhindert.

## Unter der prüdenden Last der Steuern senken die Konsumenten

und sie empfinden diese Last um so schwerer in einer Zeit, in welcher die allgemeine Teuerungswelle eingeleitet hat. Unter der Last der vorgebrachten Argumente arbeitet die Regierung an einer Steuerreform, die aber nach den Mitteilungen, nur eine Teillösung des Problems ist. Eine durchgreifende, den Völkern belastende und das Arbeitseinkommen entsetzende Reform des Steuerwesens ist also für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen. Aber selbst an dieser Teilreform dürfen nur die Anhänger der Koalitionsparteien, ohne Rücksicht darauf, ob sie Parlamentarier sind oder nicht, aktiv mitarbeiten, die den Oppositionsparteien angehörenden Abgeordneten werden auf die parlamentarische Beratung verwiesen.

Ist die Steuerlast für die breiten Bevölkerungsschichten unerträglich, für Handel, Industrie und Gewerbe in der Entwicklung hemmend, so ist der Aufwand für den Militarismus.

# Dank.

Die gefertigten Parteikorporationen, außerstande, die vielen Beileids-Rundgebungen anlässlich des Hinscheidens unseres unvergeßlichen Freundes

## Karl Cermak

einzelnen zu beantworten, danken auf diesem Wege allen Körperschaften und Einzelpersonen für die bewiesene Anteilnahme an unserem unerzehligen Verluste.

Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Dr. Ludwig Czech.

Die Familienangehörigen schließen sich diesem Danke an.

## Beileids-Rundgebungen für Karl Cermak

Der in Wien lebende Parteiveteran Genosse Josef Hannich hat anlässlich des Hinscheidens unseres unvergeßlichen Führers Karl Cermak an den Vorstand unserer Partei folgendes Schreiben gerichtet.

Werte Parteigenossen!

Tief erschüttert von der Nachricht, die ich heute im „Volksboten“ gelesen habe, spreche ich Euch hiermit mein tiefstes Beileid über den schweren, wenn nicht unerzehligen Verlust aus, den Ihr durch den Tod des Genossen Karl Cermak erlitten habt. „Die Guten und Tüchtigen sterben jung“ — an dem verstorbenen Genossen Cermak hat sich dieser Spruch bewahrheitet. Genosse Cermak war ein Guter wie ein Tüchtiger, er muß der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei sehr zum Nutzen kommen. Doch für den Tod ist die Jugend kein Schicksal; er holt sich seine Opfer, wo immer die Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Ein Führer des Proletariats weniger, doch der Kampf muß und wird weiter fortgesetzt werden. Der Feuertreiser des Verstorbenen für die Sache des Proletariats sei für alle, insbesondere aber für die jüngeren Kämpfer in unseren Reihen vorbildlich. Ihm nachzustreben, das sei das Gebotnis aller an dem Grabe dieses einen Vorkämpfers und Leiters der sozialdemokratischen Organisationen in der Tschechoslowakischen Republik.

Mit Parteigrüß  
Josef Hannich m. p.

Im Laufe der letzten Tage sind an den Parteivorstand, das Parteisekretariat sowie an uns eine ungeheure Menge von Beileids-Rundgebungen eingelangt, die den Beweis dafür erbringen, welcher großer Beliebtheit und Wertschätzung sich unser verstorbenen Führer allenthalben erfreute. So erhielten wir Beileids-Rundgebungen von der polnischen sozialistischen Partei in der Tschechoslowakei, von der Exekutive der ruthenischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Karpatenrußland.

Ferner von allen Kreis- und Bezirksorganisationen unserer Partei, die wir bisher nicht genannt haben, von sämtlichen Ministern der tschechoslowakischen Regierung, von den Präsidenten der beiden Kammern des Abgeordnetenhauses, von fast allen proletarischen Zweckverbänden, von einer Reihe Gewerkschaften und Arbeitervereinen, von der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale, außerdem von den Bürgermeistern vieler deutschböhmischer Städte, von fast allen Abgeordneten und Senatoren und von einer unendlichen Anzahl anderer Personen.

Die von uns seit dem Wirken im tschechoslowakischen Parlamente festgestellte Tatsache ist auch von einigen tschechischen Koalitionsparteien jetzt unmittelbar vor Beratung des Voranschlags, anerkannt worden und es wird nun von diesen das Problem des Beherrschens in der Tschechoslowakischen Republik zur öffentlichen außerparlamentarischen Diskussion gestellt. Dem Budget- und Beiratsausschuß des Parlamentes wird die Möglichkeit zur Erörterung dieser Fragen nicht gegeben.

Der schleppende Gang der administrativen Verhandlung einerseits, die Fäulniserscheinung in der Verwaltung andererseits, machen die seit langem begehrte Reform der Verwaltung zu dem aktuellsten Problem, dessen Lösung aufzuschieben gleichbedeutend ist mit einer Sanktion der bisherigen Verhältnisse. Die Majorität weicht der Erörterung dieser Fragen beharrlich aus.

Man geht jetzt daran, das Steuer System durchzuführen, die Arbeitslosenunterstützung ganz gewaltig herabzusetzen, in einer Zeit, in der die Relation zwischen Einkommen und dem Aufwande für den notwendigen Lebensunterhalt eine einschneidende Verschiebung zu ungunsten des Lebensstandes der arbeitenden Bevölkerung erfahren hat.

Das Parlament kann keine warnende Stimme erheben.

Die Budgetberatung sollte die Möglichkeit bieten, die Bevölkerung aufzuwecken, wie einzelne Parteien und die Bürokratie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, systematisch am Werke ist.

den Daß unter den Völkern zu führen.

Die drakonischen Maßnahmen der Regierung oder einzelner Ressorts gegenüber den der Minorität angehörenden Beamten, die offensichtliche Tendenz der Sprachprüfungen zu Schikanen dieser Beamten, Angestellten und Arbeitern zu benützen, die Verletzung dieser Menschen in Gebiete, in denen ihren Kindern der Unterricht in ihrer Muttersprache nicht gewährleistet ist, der verächtliche Vorgang bei Vergebung von Staatslieferungen und die systematische Zurücksetzung der Betriebe, in denen vorwiegend nichttschechische Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Die Methoden, die bei Sperrung der Schulen oder einzelnen Schulklassen und bei Errichtung von Minderheitsschulen angewendet werden, mit allen diesen Fragen sollte sich der Budgetausschuß und das Plenum der Nationalversammlung bei der Beratung des Voranschlags beschäftigen. Man gibt uns die Möglichkeit nicht. Nur durch eine offene Aussprache über alle diese Uebelstände werden sich die diesen Staat bewohnenden Völker und Nationen näher kommen können. Man verhindert diese Aussprache, weil man die Verhöhnung der Völker nicht will, weil ein Teil der Koalitionsparteien durch die Verhöhnung der Völker ihr politisches Dasein fristet.

Das Bankamt wird allgemein als Zentrale der Zinobanka bezeichnet. Alle einschlägigen Finanzpolitiker des Staates sind sich darüber klar, daß dieser Zustand für unsere Geldwirtschaft ungesund, für die Kreditfähigkeit des Staates im In- und Auslande von schwerwiegenden Folgen sein kann. Das Bankamt in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung mag vielleicht die Möglichkeit geben, gewisse finanzielle Transaktionen, die in ihrem Endeffekt eine Vermehrung des Geldnotenumschlages bedeuten, vorübergehend zu veranlassen und zu vertuschen. Die Aufdeckung dieser Zustände erfordert das Allgemeininteresse.

Das Bodennam ist eine Domäne der Tschechen, in der sie schrankenlos wirtschaften. Sie gewahren den außerhalb der Koalition stehenden Parteien keinen Einblick in ihre Gebirgung. Man sieht sich überhaupt nicht verpflichtet, eingehende Aufklärungen über die bisher durchgeführte Bodenverteilung zu geben, man lehnt die Forderung nach einem detaillierten Bericht über die bisherige Tätigkeit brüst ab.

Der Sinn dafür, daß im Voranschlage Gelder der Allgemeinheit ohne Unterschied der Nation zur Verfügung gestellt werden, ist der Majorität vollständig abhanden gekommen. Sie hält es für selbstverständlich, daß bei der Zuerkennung von Subventionen nur der Umstand bestimmend sein kann, ob die eine Subvention ansprechende Korporation oder Institution von den Koalitionsparteien verwaltet wird oder nicht. Ebenso verhält es sich auch mit der Staatsgarantie.

Noch nie seit Bestand der Tschechoslowakischen Republik hat sich der Staatsanwalt bei der Konfiskation der Wälder so ausgelebt wie im abgelaufenen Jahre. Durch das blühende Loben ist die freie Meinungsäußerung unterbunden, das höchste Gut der Freiheit und Demokratie, das freie Wort, unmöglich gemacht. Freilich richtet sich diese Strenge einseitig und ausschließlich nur gegen die oppositionelle Presse. Regierungsfrontne Zeitungen dürfen ungehindert soziale und nationale Verhöhnung betreiben. Wie sehr diese kaum mehr verhältliche Anwendung von zweierlei Maß die primitivsten Rechtsbegriffe bereits tief erschüttert hat, zeigt die Tatsache, daß kürzlich die Aufhebung einer Konfiskation mit der patriotischen Tendenz des beschlagnahmten Blattes begründet wurde.

Die amtliche Statistik der Gemeindevahlen wird der Öffentlichkeit nach wie vor vorenthalten. Ueber die Methoden, die bei den Wahlen in Karpathorussland und bei einzelnen Gemeindevahlen und sonstigen Wahlen beobachtet wurden, schweigt sich die Regierung aus. Noch immer sind Gebiete der Tschechoslowakischen Republik in der gesetzgebenden Körperschaft nicht vertreten, noch immer wird den Bewohnern dieses Gebietes die Durchführung der Wahlen in die Selbstverwaltungskörper vorenthalten.

So haben wir aus dem großen Komplex der Fragen einige herausgegriffen, deren Erörterung im Rahmen der Budgetberatung eine unerlässliche Notwendigkeit ist. Ist nun diese Möglichkeit in dem uns vom tschechoslowakischen Parlamente oder besser gesagt von der Pétla eingeräumten Zeitausmaße möglich? Diese Frage muß verneint werden. Durch die gegenwärtigen parlamentarischen Methoden hat sich der Zustand ausgebildet, daß die führenden Personen der Koalitionsparteien in den einzelnen Ausschüssen bereits die Materie in den

Illegalen Körperschaften

schlecht und recht durchgearbeitet, daß sie den Klubkollegen über ihre Tätigkeit Bericht erstatten haben und daß allen Abgeordneten, soweit sie den Koalitionsparteien angehören, jede ernste Beratung ganz überflüssig erscheint. Dazu kommt noch, daß die Koalition regelmäßig in die Welt hinausposaunt hat, daß die Tschechoslowakei zu jenen Staaten zu zählen sei, in denen eine ordnungsgemäße Beratung des Budgets durchgeführt wird. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß die bisherigen Beratungen des Budgets darin bestanden haben, daß die Debatte vorwiegend von den oppositionellen Abgeordneten bestritten und daß in keinem einzigen Falle einem

Antrag der Opposition nach Aenderung der Budgetposten ausgesprochen wurde. Die Vorlage wird, von einigen wenigen Ausnahmen im Verlaufe der zurückliegenden vier Parlamentsjahre abgesehen, als ein Nichts angesehen. Wir konnten nun im heutigen Jahre zweifellos andere Methoden anwenden und den Nachweis führen, daß selbst diese Geschäftsordnung, die darauf angelegt ist, die Bewegungsfreiheit der Opposition einzuzengen, jede oppositionelle Regierung im Reine zu erstickern, Möglichkeiten bietet, dem Willen der Regierenden, dem Wunsche der Majorität ein Paroli zu bieten. Jedes Mittel wäre angeht, das die parlamentarische herangebildet haben, zulässig, das darf insbesondere vom Vertreter einer Partei erklärt werden, die die Obstruktion um jeden Preis seit jeher bekämpft hat.

Die Koalition hat nun im heutigen Jahre mit dem Budget die Frage der Regelung der Gehälter der Ruhestandler und der Bezüge der Staatsbeamten

verknüpft. Es klingt wie Hohn, daß die längst fällige Forderung nach Gleichstellung aller Pensionisten und nach Regelung der allgemeinen als unzulänglich erkannten Ruhegehälter, die seitens der Regierung und aller Koalitionsparteien in der verbindlichsten und feierlichsten Form bereits im Vorjahre zugesagt wurde und die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten, die alle Koalitionsparteien schon vor Monaten ihren Parteigängern, soweit sie sich aus Beamtenkreisen rekrutieren, für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt haben, nunmehr an das Budget geknüpft wird. Wieder sollen die in der größten Not lebenden Pensionisten und die wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Staatsbeamten herhalten. Wieder soll der Bevölkerung vorgetauscht werden, daß der erhöhte Aufwand für die Angestellten des Staates eine Herabsetzung der Steuerlast und insbesondere einzelner drückender Steuern nicht zuläßt. Dabei ist es der stille unausgesprochene Wunsch einzelner Koalitionsparteien, die Opposition schuldig werden zu lassen, die nicht rechtzeitige Verabschiedung des Budgets als Vorwand zu benützen, um die Ruhestandler und die Staatsangestellten leer ausgehen zu lassen. Angesichts dieses Umstandes bleibe uns, die wir die Abstinenzpolitik im allgemeinen perhorreszieren, die wir jederzeit den Beweis erbracht haben, daß wir positiv mitarbeiten wollen, die wir aber andererseits eine Aenderung der verdrähten Politik der Mehrheit herbeiführen wollen und die im gegebenen Falle die Verabschiedung der die Ruhestandler und Staatsangestellten tangierenden Fragen ernstlich wollen, nichts anderes übrig, als zu den weiteren Beratungen des Ausschusses über das Budget nicht teilzunehmen.

Dadurch soll unserem Protekte Ausdruck gegeben werden gegen die parlamentarischen Sitten und Gebräuche, die sich im tschechoslowakischen Parlamente eingebürgert haben, gegen die unwürdige Behandlung der Opposition, gegen die Sperrung von Schulen und den parteiischen Vorgang bei Errichtung von Minderheitsschulen, gegen die Konfiskationspraxis und die Unterbindung der freien Meinungsäußerung, gegen die Ausschaltung der Nichttschechen vom Bankamte, Bodennamte und anderen öffentlichen Institutionen, gegen die Behandlung der nichttschechischen Beamten, gegen die Subventionsmishandlung, gegen die Art wie Staatslieferungen vergeben werden, gegen die Korruption, gegen die systematische Verhöhnung der Nationen, gegen den Wortbruch, den Sie begangen haben, als Sie entgegen Ihrem Versprechen das Budget noch später als in den früheren Jahren vorgelegt und dadurch eine ernste Beratung unmöglich gemacht haben.

Vor aller Dessenlichkeit soll festgestellt werden, daß an dieser unwürdigen Beratung des Budgets unsere Partei nicht teilgenommen hat. Wir wollen aber durch unsere Rechtheitsnahme auch den bloßen Schein zerstören, als ob in diesem Staate ein parlamentarisches Regime herrsche. Wir wollen Ihnen die Illusion nehmen, als ob Sie, die Koalitionsparteien, in diesem Hause die Politik des Landes lenken und Ihnen selbst zum Bewußtsein bringen, daß auch Sie zu Gunsten einer rücksichtslosen Oligarchie abgedankt haben. Den antidemokratischen Charakter dieser Oligarchie vor der gesamten Bevölkerung offenkundig zu machen und ihren Widerstand gegen dieses System wachzurufen, ist der Zweck unseres Protestes.

Devisenturie.

Prager Kurse am 5. November.

Table with 3 columns: Quantity, Gold, and Ware. Rows include 100 holl. Gulden, 1 Billion Francs, 100 belg. Francs, 100 schweiz. Francs, 1 Pfund Sterling, 100 Lire, 1 Dollar, 100 franz. Francs, 100 Dinar, 10,000 magnat. Kronen, 101 poln. Zloty, 10,000 österr. Kronen.

Coolidge



Wurde zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählt.

Telegramme.

Angriffe au Kontrolloffiziere in Jngolstadt.

Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Bei einer Kontrolle der interalliierten Militärkontrollkommission in der Waffenfabrik von Jngolstadt kam es heute nachmittags bei der Abfahrt der Kommission zu einem bedauerlichen Zwischenfall. An der Donaubrücke drängte sich eine Menschenmenge drohend an den Kraftwagen der Kontrolloffiziere, ohne daß die Polizei dies verhinderte. Nach den vorläufigen Berichten wurden zwei der Kontrolloffiziere tätlich beleidigt. Die bayerische Regierung hat, wie sie erklärt, sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Der an Ort und Stelle befehligende Polizeibeamte ist vorläufig seines Dienstes enthoben worden.

Es ist dies der zweite Fall eines Angriffes einer angeblich erregten Menschenmenge auf Kontrolloffiziere, die in Jngolstadt ihren Dienst ausübten. Wie im ersten Falle, so bleibt auch diesmal die Frage zu klären, woher die Menschenmenge Bescheid von der Kontrolle bekam, die sonst der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben wird. Im ersten Falle ist diese Aufklärung nie gegeben worden. Es ist zu befürchten, daß die Veranlasser dieses zweiten Zwischenfalls ebenso wieder amtlich gedeckt werden.

Rakowski bleibt in England.

Rakowski als Vorkämpfer in Paris ausersuchen.

Paris, 5. November. Rakowski wurde gestern nach der Kammerführung von Herriot empfangen und konferierte mit ihm über eine Stunde. Von der Ernennung Rakowskis zum Vorkämpfer in Paris wurde Abstand genommen, da es nicht ratsam wäre, nach der letzten Vorkommnisse in England dort eine Aenderung in der Sowjetvertretung vorzunehmen. Rakowski kehrt morgen nach London zurück. Rakowski, der als Vorkämpfer für Paris ausersuchen ist, ist bekanntlich Ingenieur und war Vertreter der Firma Siemens und Schuckert in Petersburg. Er wird als einer der gemäßigtesten Führer Sowjetrußlands angesehen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Paris, 5. November. (Eigenbericht.) Die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen haben heute in Paris wieder begonnen. Die erste Sitzung war lediglich formeller Natur. Die Verhandlungen wurden nach Austausch der Begrüßungsansprachen vertagt. Die deutsche und die französische Delegation haben heute Listen ausgetauscht, welche die beiderseitigen Forderungen in bezug auf die künftige Gestaltung des Handelsverkehrs enthalten. Die deutsche Liste zählt im einzelnen alle Artikel auf, für die Deutschland die Einräumung des französischen Minimaltarifes als Voraussetzung für die Gewährung der Meistbegünstigung an Frankreich ansieht.

Veigerung der deutschen Wirtschaftslage.

Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Die vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellten Berichte der preussischen Handelskammern besagen, daß sich die Wirtschaftslage im Monat Oktober etwas gebessert hat. Festgestellt wird, daß die privaten Auslandsanleihen bis jetzt nur geringe Erfolge hatten. Von Bedeutung ist, daß die Berichte auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten hinweisen, die zu neuen Lohnbewegungen führten.

Streit der australischen Hafnarbeiter

Melbourne, 5. November. (Davas.) Die Arbeiter sämtlicher australischer Häfen mit Ausnahme des Victoria-Hafens sind in den Streit getreten.

Tages-Neuigkeiten.

A. u. I. Kunstinu.

Der Zufall hat mir ein längst vergessenes Blatt aus den Kriegsjahren wieder in die Hand gespielt, das ich feinerzeit als Dokument für die Intoleranz der militärischen Kommandostellen gegenüber jeder freirechtlichen und nichtmilitärischen Aeußerung aufbewahrt, damals, es war zu Anfang des Kriegsjahres 1916, als noch niemand ahnte, daß der ganze saule Zauber und Klimbim des präpotenten österreichischen k. u. k. Kommandotums kaum drei Jahre später ein so klägliches Ende nehmen würde. Die Wahrheit des alten österreichischen Soldatentrostes „Maul halten und weiterdienen!“ habe ich damals in ihrer niederträchtigsten Form kennen gelernt.

Ich war als nach schwerer Verwundung halbwegs wiederhergestellter Offizier einem k. u. k. Kommando in Rußisch-Polen zugeteilt worden. Da diesem Kommando nicht nur zahlreiche Offiziere, sondern auch ebenso viele Unteroffiziere und Mannschafspersonen angehörten und wir alle nach Erfüllung unserer dienstlichen Obliegenheiten und militärischen Pflichten noch reichlich Zeit und Muße für andere Beschäftigungen übrig hatten, wußte in mir der Entschluß, alle freigebliebenen Kameraden unseres Kommandos ohne Unterschied der Charge und des Ranges zur Pflege des Männergefanges aufzufordern. Ich verfaßte also einen in kameradschaftlichen Tönen gehaltenen Aufruf an alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschafspersonen, in dem ich meine Pläne und Absichten mitteilte, die Muße und den Gesang als schönste Erbauung in der Fremde hinstellte, als das beste Band der Kameradschaft, als Symbol der Brüderlichkeit. Dieser Aufruf nun gelangte in die Hände unseres Kommandanten, des k. u. k. Generals, bei dem der Mensch beim Stabsoffizier anfing und der außer den militärischen Instruktionen und Obliegenheiten nichts anderes gelten ließ. So wurde mein Aufruf Gegenstand einer eigenen „Offiziersversammlung“, dieser blühend-blühenden Wacht-offenbarungskomödie kommandierender Organe der k. u. k. Armee ihren Untergebenen gegenüber. Daß ich dabei am Pranger stand und mein Aufruf einer vernichtenden Kritik unseres p. t. Kommandanten unterzogen wurde, war weniger schmerzhaft bei der Sache als ihre echt militärische Abfertigung. Es hätte nur gefehlt, daß ich vor ein Kriegsgericht gestellt worden wäre, weil in meiner Kunstausforderung von „Brüder“ die Rede war, um die Indolenz der k. u. k. Militärkommanden der Kunst gegenüber vollständig zu machen. Wir wären kein Verein, äußerte sich der General, am wenigsten aber Brüder und noch viel weniger Offiziere, Unteroffiziere und Mannschafspersonen untereinander; die Bezeichnung Brüder sei auch unter dem Deckmantel der Kunst verbrecherisch, würde disziplinärisch und sei der Anfang roten Sozialismus in der Armee! Aus den Lichtwellen, jeden Widerspruch ausschließenden weiteren scharsinnigen Ausführungen jenes Generals ging ferner hervor, daß auch die Kunst in der k. u. k. Armee, wenn sie überhaupt geduldet werden dürfe, diszipliniert und militärisch geordnet sein müsse, also „k. u. k. Kunst“. In meinem beschränkten Unterleutenverständnis erschien mir diese Art Kunstbetätigung folgendermaßen gedacht: Alle Sängerkommanden werden in einem Gliede aufgestellt; dann wird abgeteilt „1, 2, 3, 4: erster Tenor, rechtsrum, marsch!“, „1, 2, 3, 4: zweiter Tenor, rechtsrum, marsch!“ usw. Aus dem Militärgefangsbereine wurde natürlich nichts und ich mußte froh sein, nicht das ehrenrührige Kriminalverfahren gegen mich eingeleitet zu sehen. Diese Kunstausführung eines hohen k. u. k. Generals war übrigens bezeichnend für den Geist dieser Armee im allgemeinen, die vor dem Feinde, also in Not und Tod von „gleichen Brüdern“ phantasierten, sich der Mannschaf anbeugten und sich vom „gemeinen Manne“ beschirmen ließen, außerhalb der Gefahrszone aber sofort wieder den Unterschied zwischen Herren und Knechten, Vorgesetzten (Wertmenschen) und Untergebenen (Schlachtware) nachdrücklich hervorhoben.

Derselbe General war es übrigens, der einen Kameraden strafweise zum Abgange an die Front verhalf, weil dieser sich „erkühnte“, wie der kunstverständige General sagte, bei einer Offiziersunterhaltung Robert Schumanns bekanntes und berühmtes Lied „Die beiden Grenadiere“ zu singen, weil es im Schlußteile die „Marschmusik“ verwendet. — ek.

Der Wiener Abgeordnete Genosse Wiedenhofer gestorben.

Wie wir bereits gestern kurz berichtet, ist Dienstag vormittags im Wiener Jubiläumshospital im Alter von 51 Jahren einer der hervorragendsten Führer der Wiener Metallarbeiter, Abg. Genosse Wiedenhofer an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Wiedenhofer, der von seiner Jugend an in der sozialdemokratischen Partei tätig war, hat sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet und war seit Jahren neben dem Genossen Domes der anerkannte Führer der Metallarbeiter Wiens. Im österreichischen Nationalrat vertrat der unermüdete Arbeiter und Agitator den Wahlkreis Wien-Dittriching. — Unser Parteivorstand hat an die österreichische Bruderpartei zum Tode des Genossen Wiedenhofer folgendes Beileidstelegramm geschickt: „Wir beklagen mit Euch in unigleicher Anteilnahme den Verlust, den die österreichische Partei durch den Tod des Genossen Josef Wiedenhofer erlitten hat und sprechen Euch unser tiefstes Beileid aus.“



### Volkswirtschaft.

#### Der Kampf der Textilarbeiter.

Erfolg in Freudenthal.

Von dem Gaukretariat in Jägerndorf wurden für sämtliche Textilbetriebe in Freudenthal im Monat September Lohnforderungen überreicht. Ueber diese Forderungen wurde am 23. Oktober verhandelt. Die Webergruppe hat für alle Arbeiter in sämtlichen Betrieben einen Wochenlohn als Teuerungsbetrag für die Zeit vom 15. Oktober bis Ende Dezember bewilligt. Die eine Hälfte des Teuerungsbetrages kommt am 1. November, die zweite Hälfte am 1. Dezember zur Auszahlung. Diese Zugeständnisse wurden von einer gemeinsamen Betriebsversammlung einstimmig angenommen. Dieser Teuerungsbetrag bedeutet eine Zulage von 10 Prozent. Im Monat Dezember wird dann weiter über die eingebrachten Forderungen verhandelt.

#### Niedergang der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung.

Mit dem allgemeinen Rückgang der Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien geht natürlich in den Ländern, wo es zu Spaltungen und zur Gründung selbständiger kommunistischer Gewerkschaftsorganisationen kam, vielerorts ein Niedergang der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Hand in Hand. Dies gilt auch für Frankreich, und zwar besonders für Nordfrankreich. Während zum Beispiel der kommunistische Departementsverband des Nordens zur Zeit der Spaltung 91.000 Mitglieder zählte, vermeldet der Bericht für den letzten Kongreß der Organisation nur noch 70.000 Mitglieder. Von besonderer Bedeutung ist bei dieser Entwicklung die Tatsache, daß die Mitgliederzahlen der regulären Verbände des Nordens in gleichem Maße gestiegen sind. Zu dieser Wendung trägt die immer mehr in Erscheinung tretende Uneinigkeit innerhalb der kommunistischen Bewegung sicher nicht wenig bei. Wie in Deutschland, wo man von einer tatsächlichen Zersplitterung der Zersplitterter sprechen kann und die in Moskau in Lugnode gesessenen kommunistischen Gewerkschaftsführer von gestern sogar ein eigenes, von den „richtiggehenden“ Bolschewisten sofort in Acht und Bann erklärtes Organ der „selbständigen“, d. h. mit Moskau in Fernwärtigkeit geratenen Gewerkschaften herausgegeben haben, herrscht auch in Frankreich in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Sektarismus und Eifersucht. Dies beweist zum Beispiel die Tatsache, daß der Nationalrat des kommunistischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T. U.) in seiner kürzlich abgehaltenen Sitzung der Frage der „Erhaltung der inneren Einheit der C. G. T. U.“, die „durch die Versetzungsarbeit der anarcho-syndikalistischen Minorität, durch Autonomiebestrebungen und in letzter Zeit durch Drohung mit Beitragsperre gefährdet wird“, als einem der wichtigsten Punkte der Tagesordnung besondere Aufmerksamkeit schenkte.

Nicht weniger symptomatisch sind die Erklärungen eines „Vertreters der Gewerkschaftsbewegung“, der auf einem kommunistischen Parteitag in Deutschland auf die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsfrage hinwies und sagte, das Auftreten der Mitglieder der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften sei noch vielfach „unplanmäßig und undiszipliniert“. Große Schwierigkeiten entstanden durch die kommunistischen Verbände, die sich selbständig gemacht haben. Ein anderer Delegierter klagte, daß jetzt endlich „etwas gesehen müsse“, irgend etwas: die Umstellung auf Betriebszellen, eine verstärkte Antennekampagne, eine Neubefragung der Betriebszellebewegung oder sonst irgend eine neue „Kampagne“ um der Bewegung wieder auf die Beine zu helfen.

Auch in Frankreich ist die Betriebszelle seit einiger Zeit das Schlagwort der kommunistischen Blätter. In Italien, wo man unter den fortgeschrittenen und Klassenbewußten Arbeitern ebenfalls auf keinen großen Zuzug mehr rechnet, versuchen es die Kommunisten nun mit den Landarbeitern und armen Kleinbauern. Der reguläre Verband der Landarbeiter, der durch die feindselige Scharredenherrschaft am meisten gelitten hat und der Natur der Sache nach die größte Mühe hatte, sich gegenüber dem Faschismus zu behaupten, muß nun befürchten, daß durch Zersplitterung der Bewegung der letzte Halt verloren geht. Die neuesten Meldungen sagen bereits, daß auf Veranlassung der kommunistischen Partei eine „Landarbeiterinternationale in Moskau angegliederte Landarbeiterorganisation für Süd-Italien“ errichtet werden soll.

Alle diese Bestrebungen zeigen, wie krampfhaft die Kommunisten überall bemüht sind, für die leerlaufende kommunistische Weltlösungsmechanik ein neues Schmieröl zu finden.

#### Die Metallwirtschaft der Welt.

Nach den von der Metallgesellschaft und der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. herausgegebenen statistischen Zusammenstellungen betrug das Jahresmittel in Bergbau, Verhüttung und Industrieverbrauch an Metallen (Eisen, Kupfer, Zinn, Zink und Aluminium) im Jahre 1923 3,66 Millionen Metertonnen; damit ist zum ersten Male seit Kriegsbeginn der Umfang der Metallwirtschaft der Welt aus der Vorkriegszeit, im Jahre 1913 3,58 Millionen, überschritten worden. Trotz der höheren Gesamtzeugung der Welt ist der Anteil Europas daran zurückgegangen. Er sank in der Bergwerksproduktion von 28 Prozent im Jahre 1913 auf 16 Prozent im Jahre 1923, in der Hüttenproduktion

von 44 auf 25 Prozent, in industriellen Verbrauch der Rohmetalle von 62 auf 42 Prozent. Dieser Rückgang ist nach dem Bericht nicht allein auf die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zurückzuführen. Diese Entwicklung war auch sonst zu erwarten, wenn auch der Krieg den stärksten Anstoß dazu gegeben hat. Die Entdeckung immer neuer ergiebiger Erzequellen in viel weniger entfernten anderen Erdteilen verschiebt schon in der Bergwerksproduktion das Ergebnis zu ungunsten Europas, dessen Erzvorkommen nicht nur fast alle bekannt sind, sondern auch bereits deutliche Anzeichen von Erschöpfung zeigen. Neuförderungen von Kupfer in Südamerika und in Afrika (Katanga), von Blei in Mexiko und in Asien (Burma) machen sich in der Statistik in dieser Richtung bereits bemerkbar. Dazu kommt eine Standortverschiebung der Hütten, die, erleichtert durch die technische Entwicklung, immer mehr möglichst nahe an die Gruben herangelegt werden. So konnten zum Beispiel durch die Durchführungen der bis zum Kriege unbekannt elektrolitischen Zinkverhüttung die australischen Gruben die eigene Verhüttung der dort in reichem Maße vorhandenen Zinkerze vornehmen.

Die sich der Verbrauch von Eisen, Kupfer, Zinn und Zink in den europäischen Hauptländern gestaltet hat, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung (in Gewichtsprozenten des Gesamtverbrauchs der Erde):

	Rohmetallverbrauch	Metallwaren- verbrauch
	1913	1923
Deutschland	22 18 6	17 13 6
Großbritannien	16 11 14	15 9 13
Frankreich	9 14 8	9 8 8

Während sich hiernach im Jahre 1923 prozentual die britische Stellung befestigt und die französische gehalten hat, beide Länder aber einen absolut steigenden Verbrauch aufweisen, ist dieser in Deutschland und absolut im Jahre 1923 noch geringer als in dem schon nützlichen Jahre 1922 gewesen. Der Bericht bemerkt dazu, daß wohl nichts deutlicher die inmitten der großen Inflation einsetzende Produktionskrise veranschaulichen kann als diese Tatsache des Winderverbrauchs in den berichteten Ländern, deren Konsum für die allgemeine Wirtschaft und Konjunkturlage kennzeichnend sei.

Diese statistischen Zusammenstellungen bestätigen aufs neue, daß die europäischen Industrieländer mit immer schwieriger werdenden Verhältnissen in der Weltwirtschaft zu rechnen haben; sie hätten alles Interesse daran, durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit die weitere Zurückdrängung Europas zu verhindern.

**Rückbildung der Lohnverträge in der Papierindustrie.** Der Verband der Arbeiterschaft der chemischen und Papierindustrie, Sitz Kuffig, hat vor einiger Zeit an die Unternehmerorganisation das Ansuchen, um eine einmalige Teuerungszulage von 800, 600 und 300 K gestellt. Die Unternehmer haben diese Forderung abgelehnt. Infolge dieser ablehnenden Haltung wurde vom Verband bei den Firmen „Böhm-Kammiger Papierfabriken L. G. Böhmisch-Kamnit“ und Jordan und Söhne in Virslitz der Lohnvertrag gekündigt. In zwei gutbesuchten Versammlungen nahm die Arbeiterschaft der genannten Betriebe zu der nunmehrigen Situation Stellung. Einmütig kam der Wille zum Ausdruck, eine Erhöhung des Einkommens durchzusetzen.

### Kleine Chronik.

**Von den Eskimos.** Eine erstaunliche Schilderung von dem Alltagsleben der Eskimos entwirft der Polarforscher Donald B. Millen, der nach einem 15 Monate langen Aufenthalt im Polarkreis von Nordgrönland nach New York zurückgekehrt ist, in amerikanischen Blättern. Die Eskimos des Smith-Sundes sind, nach seinen Ausführungen vollkommene Kommunisten. Sie kennen kein Besitztum, auch keine Gesetze über das Eigentum. Niemand nennt etwas anderes sein eigen als der Mann seine Waffen und die Frau ihre Kochtöpfe. Die Steinhäuser, in denen sie wohnen, gehören allen und keinem. Findet eine Eskimofamilie ein solches Haus unbewohnt, so nimmt sie davon Besitz und bleibt hier, bis sie es wieder verläßt, oder bis ein anderer es beansprucht. Viel-männerei und Vielweiberei ist bei ihnen üblich; es gibt keine besonderen Hochzeits- oder Scheidungsgebräuche. Hat ein Mann eine Tochter und ein anderer einen Sohn, so beschließen sie, daß sie sich heiraten sollen. Die jungen Leute haben nichts dabei mitzureden; sie werden ohne jede Zeremonie zusammen-gegan und gehen wieder auseinander, wenn sie von einander genug haben. Die Kinder folgen stets der Mutter, und so verliert ein Mann über Nacht seine Familie und erhält eine andere, wenn er seine Frau verläßt und sich mit einer neuen zusammen tut. Dabei ist die Liebe zu den Kindern sehr groß, und es gibt unter den Eskimos unglückliche Ehepaare nur dann, wenn sie keine Kinder haben.

### Kunst und Wissen.

Die beiden Herren der gnädigen Frau. Die Aufnahme des „Lustspiels“ von Gaudera in den Spielplan der Kleinen Bühne bedeutet einen Rückschlag in das Sommerintermezzo des „Intimen Theaters“. Der gottig aufgemachten Verwechslungs-komödie, deren letzter Akt natürlich im Bett spielt, fehlt jeder frische Witz. Sie kann nicht einmal pikant im besseren Sinne des Wortes genannt werden. Man kann sich einfach bei diesem Zeug. Daran konnte es nichts ändern, daß erste komische Darsteller wie Frau Kramer-Glöckner und Gorbiger (in

einer ungewohnten Maske), eine feine Schauspielerin wie Vissi Bader, der muntere Herr Strauß, das temperamentvolle Fräulein Weizner und die nicht ganz in die Rolle passende, aber sehr hübsche Jilse Brand ausgesprochen waren, um einen Premierenerfolg zu schaffen. Der Liebe Müß war verdienen (für das Stück) umsonst.

**Vollsänger-Abende.** Madame J. Rainory-Marsellac, die am Dienstag im großen „Lucerna“-Saale ein selbständiges Konzert gab, ist Professorin der berühmten „sola cantorum“ in Paris, ein ehrenvolles Amt, das auf außerordentliche gesangliche Fähigkeiten der Künstlerin schließen läßt. Die Sängerin Rainory-Marsellac hat diese Erwartungen auch im vollsten Maße erfüllt, denn sie besitzt nicht nur eine selten schöne und weiche, in allen Tönen und Tonstärken vollkommen ausgeglichene Sopranstimme, sondern auch höchste Gesangskultur, die in tadelloser Atemtechnik und Koloratur überzeugend zur Geltung kommt. Trotz dieser hervorragenden gesanglichen Tugenden vermag diese Sängerin nicht zu überzeugen, weil ihrem Vortrage Farbe, Temperament und Leben fehlt. Dies zeigt sich nicht nur in den Arien von Handel, Haydn und Rameau, sondern noch viel mehr in den französischen und tschechischen Volksliedern. Deren strophische Art verlangt differenzierteste Vortragskunst, wenn ihre echte Wirkung nicht verloren gehen soll. Bei dieser Veranstaltung konnte man übrigens die interessante Beobachtung machen, daß auch die tschechischen Konzerte an den gleichen Krankheiten leiden wie die deutschen: nämlich an allgemeiner Teilnahmslosigkeit des Publikums, vor allem des kapitalistischen, die in leeren Konzertsälen zum Ausdruck kommt, und an der besonderen des Juppätkommens und Spätanfanges. — Elise Laura von Wolzogen, die altbewährte Lautenliedersängerin, die wir nach diesem Konzert im gut besetzten „Urania“-Saale hörten, bewies, daß höchste Vortragskunst auch stimmliche Mängel zu ersehen vermag. Wie diese temperamentvolle Künstlerin ihr vielseitiges Programm bestritt und namentlich dem Volksliede und dessen einzelne Straphen deselben inhaltlich gerecht ward, ist in Wahrheit hörenswert. Aus der in-

struktiv zusammengestellten Vortragsordnung der Künstlerin ging ferner hervor, daß sie ihre Kunst auch in theoretisch-musikwissenschaftlicher Hinsicht ausgezeichnet versteht.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Donnerstag „Aheingold“ mit Strad; Freitag „Walfäre“; Samstag „Gräfin Mariza“; Sonntag nachmittags Arbeiterverstellung „Glaube und Heimat“, abends „Figaros Hochzeit“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Donnerstag „Extemporale“; Freitag Gastspiel Claire Ballentin „Berwölf“; Sonntag Die beiden Herren der gnädigen Frau.

**Konzert Ernst Berner (Tenor) — Leo Strauß (Bariton)** am 13. November im Mozarteum. Karten bei Truhlar und Wegler.

### Aus der Partei.

**Sammelausweis für den Monat Oktober.** Neutitschein Parteifond: 200 K, (Zentralwahlfond: 100 Kronen), Karlsbad 800, (400), Tepliz 2540, (1200), Trautenau 600, (300), Kuffig 1000, (500), Währ-Ostau 60, (30), Reichenberg 660, (330), Bodenbach 2000, (1000), Kuffig 400, (200), Mies 1200, (600), Mies 210, (—), Troppau 1200, (600), Brünn 800, (400), Grulich-Landskron 100, (50), Sternberg 1100, (550), Neutitschein 80, (40), Krumau 300, (150), Karlsbad 1400, (700), Bodenbach 600, (300); insgesamt also 15.250 K, (7450).

**Sozialorganisation Prag VII.** Heute Donnerstag, den 6. November findet im Gasthause „u akademie“ die heutige Vollversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Wahl des Sozalaussschusses, 3. Eventuelles. Die Genossen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Anfang 8 Uhr.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riefner.  
Druck: Deutsche Zeitungs-L. G., Prag  
Für den Druck verantwortlich: C. S. 114

Soeben erschienen!

Sofort bestellen!

# Arbeiter-Jahrbuch 1925

Herausgegeben vom Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Das Jahrbuch enthält eine Reihe wertvoller Beiträge guter Schriftsteller, belehrende Artikel, ein Adressenverzeichnis etc. und kostet trotz bester Ausstattung nur **K 5.—**, für Wiederverkäufer **K 4.—**.

Es ist ein unentbehrlicher Führer und Ratgeber für jede Arbeiterfamilie. Fort mit dem bürgerlichen Kalenderschund! In die Arbeiterwohnung gehört das Arbeiterjahrbuch!

Bezug durch alle Parteibuchhandlungen, Schriftenabteilungen, Parteiorganisationen, Kolporteurs oder direkt von der Zentralstelle für das Bildungswesen in Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

### DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl ich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedskarten, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Rotationsmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

### IN TEPLITZ-SCHÖNAU

Tischlergasse Nr. 6.



## Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, namhafte Geb.- und Kleindruckereien mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeitungen. Schriftführer Nr. 771, Postparaff Nr. 127-663